



Protokoll Nr. Y/181/2025

über die Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses der Gemeinde Bad Rothenfelde am Dienstag, den 18.11.2025, Grundschule Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 48-50, 49214 Bad Rothenfelde

Öffentliche Sitzung: 19:02 Uhr bis 20:17 Uhr
Nichtöffentliche Sitzung: 20:23 Uhr bis 20:58 Uhr

► Anwesend:

Vorsitzende

Frau Marlies Hügelmeyer

Protokollführer

Herr Janosch Brockmeier

Mitglieder

Herr Stephan Schlegel

Herr Andreas Schulte

Frau Onat Temme

Herr Armin Trojahn

stellvertretend für Frau Schneider

von der Verwaltung

Herr Dirk Rauschkolb

Beratende Mitglieder

Frau Iris Behmerburg-Olbricht

Frau Astrid Bojko

Frau Imke Dr. Panajotow-Pilz

Frau Sabine Raulf

Frau Marina Wernemann

► Abwesend:

Mitglieder

Herr Martin Diekamp

- fehlt entschuldigt -

Frau Christiane Schneider

- fehlt entschuldigt -

Herr Andreas Wernemann

- fehlt entschuldigt -

► Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung sowie Beschlussfassung über dazu vorliegende Anträge
- 2 Vorstellung der Ortschaftspolizistin (Frau Dzillak)
- 3 Bericht zur Seniorenarbeit (Familien- und Senioren-Service-Büro / Seniorenbeauftragte)
- 4 Verwaltungsbericht
- 4.1 Vergabe der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027
- 4.2 Sachstand Liegenschaft Brunnenstr. 14
- 4.3 Aktuelle Situation der Kindertagesbetreuung
- 5 Vergabe der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027
Vorlage: Y/2025/464
- 6 Behandlung von Fragen und Anregungen

► Ergebnis der Sitzung:

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung sowie Beschlussfassung über dazu vorliegende Anträge**

Die Vorsitzende, Frau Hügelmeyer, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Fragen zu den Tagesordnungspunkten sind zugelassen. Sie weist darauf hin, dass die Einverständniserklärung zur Aufzeichnung der Sitzung erneut ausgefüllt werden müsse.

Herr Rauschkolb greift dies auf und regt an zu prüfen, ob die Einverständniserklärung künftig einmalig für Ratsmitglieder gelten könne. Dies solle in anstehenden Gesprächen geklärt werden.

Gast 1 erkundigt sich nach der trägerstrukturellen Aufteilung der Seniorenarbeit; Frau Hügelmeyer verweist hierzu auf TOP 2.

Abschließend informiert **Frau Hügelmeyer** über einen kurzfristigen Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Stelle für eine Gemeindefrankenschwester, der gegen Mittag eingegangen sei. Dieser solle zunächst in die Ratssitzung eingebracht und anschließend an den Ausschuss zurückverwiesen werden.

Herr Rauschkolb bestätigt das Verfahren.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

zu 2 **Vorstellung der Ortspolizistin (Frau Dzillak)**

Frau Dzillak stellt ihren beruflichen Werdegang vor. Sie berichtet, 46 Jahre alt zu sein, im Landkreis Warendorf zu wohnen und einen neunjährigen Sohn zu haben. Ihren Dienst bei der Polizei habe sie 1999 in Hessen aufgenommen, wo sie bis 2019 tätig gewesen sei. Nach ihrem Umzug nach Niedersachsen habe sie in Belm, Dissen und zuletzt in Georgsmarienhütte gearbeitet. Da ihre Aufgaben dort überwiegend Schreib-tischarbeit umfasst hätten, freue sie sich auf die nun wieder stärker bürgernahe Tätigkeit in Bad Rothenfelde.

Sie beschreibt ihre Rolle als bürgernahe Ansprechpartnerin und hebt hervor, dass die Polizeistation insbesondere montags stark frequentiert sei.

Frau Hügelmeyer informiert Frau Dzillak über den Präventionsrat der Gemeinde und regt an, dass sie sich dem Gremium vorstellt und sich an der Planung des Präventi-onstags im kommenden Jahr beteiligt.

Frau Temme begrüßt die Besetzung der Stelle mit einer Frau und erkundigt sich nach den Öffnungszeiten. Frau Dzillak erläutert, dass die Station grundsätzlich von 7:00 bis 15:30 Uhr besetzt sei, jedoch mittwochs geschlossen bleibe, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Bei dringenden Anliegen sei sie dennoch erreichbar.

Frau Wernemann lädt Frau Dzillak zu einer Aktion der evangelischen Kirche am 26. November im Rahmen des Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen ein. Beide bekräftigen Interesse an einer engeren Zusammenarbeit.

zu 3 **Bericht zur Seniorenarbeit (Familien- und Senioren-Service-Büro / Seniorenbe-auftragte)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen im Ratsinformationssystem die beigefügte Präsentation sowie der ergänzende Vortrag vor.

Frau Behmberg-Olbricht berichtet über die Arbeit des Familien- und Senioren-servicebüros. Schwerpunkte seien Beratungen zu Themen wie Einsamkeit, Vorsorge-vollmachten, Wohnberatung, Hausnotrufsystemen und Pflegegraden; bei Bedarf er-folgt auch Hausbesuche sowie Unterstützung für Angehörige. Regelmäßig würden Veranstaltungen wie Erste-Hilfe-Kurse, das monatliche Erzählcafé, Informations-abende und Präventionsangebote, unter anderem zum Thema „Enkeltrick“, durchge-führt. Zudem fänden Bus-Trainings sowie Pedelec- und Fahrradtrainings in Zusam-menarbeit mit Polizei, Vereinen und der Freiwilligenagentur statt. Sie erläutert ferner die Ausbildung von Alltags- und Nachbarschaftshelfern und deren Einsatzbereiche so-wie ihre Unterstützung bei Pflegegradverfahren, Hilfe-zur-Pflege-Anträgen, Zuzah-lungsbefreiungen, Betreuungsangelegenheiten, Widersprüchen und Anträgen auf Schwerbehinderung. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit sei die Netzwerkarbeit mit dem Pflegestützpunkt, dem Seniorenbüro, dem sozialpsychiatrischen Dienst, Se-niorenbeiräten, Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, die schnelle Vermittlungen und gemeinsame Projekte ermögliche. Zudem berichtet sie über einen erneut einge-reichten Förderantrag zur Einrichtung eines Natur- und Bewegungsrats im Wellengar-ten.

Frau Dr. Panajotow-Pilz weist auf die Bedeutung der politischen Beteiligung älterer Menschen hin und erläutert, dass Seniorenvertretungen zwar bestehen, aber rechtlich begrenzt seien.

Durch das Kommunalverfassungsgesetz bestehe jedoch die Möglichkeit, kommunale Seniorenbeiräte mit Teilnahmerechten einzurichten.

Frau Hügelmeyer stimmt den Ausführungen von Dr. Panajotow-Pilz zu und berichtet, dass ein früherer Versuch, einen Seniorenbeirat als Verein zu gründen, daran gescheitert sei, dass sich niemand für den Vorsitz fand. Sie unterstützt, das Thema über einen neuen Antrag erneut aufzugreifen.

Frau Temme erinnert daran, dass die SPD bereits vor der aktuellen Legislaturperiode einen Antrag zur Einrichtung eines Seniorenbeirats gestellt habe, der jedoch keine Mehrheit fand. Ein solcher Beirat könne nur über einen Antrag initiiert werden und brauche Personen, die Verantwortung und den Vorsitz übernehmen. Sie lobt die Arbeit des Familienservicebüros und sieht in einem Beirat eine sinnvolle Ergänzung. Zudem regt sie eine fraktionsübergreifende Beratung an.

Weiter weist Frau Temme auf Probleme bei der Kurzzeitpflege hin: In Notfällen außerhalb der Öffnungszeiten des Familienservicebüros fehlten Strukturen für schnelle Hilfe. Auch diese Zeiten müssten in die Lösungsfindung einbezogen werden.

Frau Temme betont, dass die Sicherstellung einer verlässlichen Pflege- und Versorgungsstruktur angesichts des demografischen Wandels zentral sei. Neben geregelten medizinischen Leistungen brauche es Konzepte für unvorhergesehene Situationen. Sie verweist auf Dr. Schlutow, der betont habe, dass der Notruf 112 nicht für die Versorgung chronisch Erkrankter vorgesehen sei. Daher seien neue gemeindliche Ansätze notwendig.

Frau Dr. Panajotow-Pilz hebt hervor, dass Pflichtaufgaben und Ehrenamt klar voneinander zu trennen seien. Eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung könne nicht allein durch Ehrenamtliche erfolgen; hierfür brauche es politische Unterstützung sowie geeignete Rahmen- und Ausbildungsstrukturen.

Frau Behmberg-Olbricht erinnert an einen Vorschlag von Dr. Schlutow, Notfallplätze in Seniorenheimen vorzuhalten, weist aber auf die derzeit knappen Kurzzeitpflegeplätze hin. Angehörige suchten bereits Monate im Voraus nach freien Plätzen. Die Gemeinde bilde verstärkt Alltags- und Nachbarschaftshelfer aus, die jedoch keine umfassende Versorgung sicherstellen könnten, wenn keine Angehörigen vorhanden seien.

Frau Temme stimmt zu und betont, dass von Alltagshelfern keine nächtliche Notfallversorgung erwartet werden könne. Sie schlägt vor, mit Senioreneinrichtungen über alternative Konzepte für Notfallplätze ins Gespräch zu kommen.

Frau Hügelmeyer erinnert daran, dass die Thematik bereits mehrfach beraten wurde. Die Herausforderungen könnten nicht allein durch die Gemeinde gelöst werden; es brauche Kooperationen mit Partnerkommunen sowie Unterstützung auf Kreisenebene. Sie bedankt sich für die Beiträge und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 **Verwaltungsbericht**

zu 4.1 **Vergabe der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027**

Frau Hügelmeyer informiert, dass der Tagesordnungspunkt zur Vergabe der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 in die nächste Sitzungsrunde verschoben werden müsse. Hintergrund sei, dass bislang lediglich ein Angebot der Johanniter-Unfall-Hilfe vorliege und weitere Rückmeldungen ausstünden. Sie verweist darauf, dass die Gemeinde Bad Rothenfelde seit Jahren an der Umsetzung der ab 2026 gesetzlich vorgeschriebenen Ganztagsbetreuung arbeite, und dankt Frau Bojko sowie der Verwaltung für ihr Engagement. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei Bad Rothenfelde gut aufgestellt.

Herr Rauschkolb ergänzt, dass die gesetzliche Grundlage in Niedersachsen ab dem Schuljahr 2026/27 die Sicherstellung einer Ganztagsbetreuung vorsehe. Dies stelle die Kommunen vor erhebliche, insbesondere finanzielle Herausforderungen, da die Unterstützung durch Bund und Land als unzureichend wahrgenommen werde. Die Mensa werde aufgrund steigender Betreuungszahlen erweitert; Verzögerungen im Ausschreibungsverfahren hätten jedoch den Zeitplan verschoben. Ziel sei weiterhin eine Fertigstellung bis Herbst 2026. Die Bauabteilung solle im Protokoll eine ergänzende Darstellung des aktuellen Stands geben.

Weiter führt **Herr Rauschkolb** aus, dass künftig nur noch vier Ferienwochen im Jahr ohne Betreuung abgedeckt werden müssten. Die Verwaltung habe gemeinsam mit der Grundschule geprüft, ob die Ferienbetreuung mit der Essensausgabe in der Mensa verbunden werden könne; dies sei jedoch verworfen worden, da die Ferienbetreuung Vorrang habe. Vier potenzielle Träger seien angeschrieben worden, jedoch liege bislang nur ein, zudem nicht bezifferbares Angebot vor. Aufgrund des zusätzlichen Zeitbedarfs der übrigen Träger sei die Angebotsfrist bis zur 51. Kalenderwoche verlängert worden. Die Auswertung solle in der nächsten Sitzungsrunde im Februar oder März erfolgen. Herr Rauschkolb äußert die Hoffnung, dass bis dahin weitere Angebote vorliegen, und verweist darauf, dass auch andere Kommunen wie Hilter und Glandorf ähnliche Schwierigkeiten hätten.

zu 4.2 **Sachstand Liegenschaft Brunnenstr. 14**

Herr Rauschkolb berichtet, dass der Eigentumsübergang eines Objekts zumindest praktisch bereits erfolgt sei. Rechtliche Schritte wie die Grundbucheintragung und die vollständige Kaufpreiszahlung stünden zwar noch aus, die Übergabe der Immobilie habe jedoch bereits stattgefunden. Besichtigungen seien durchgeführt worden, und die Planungen für die zukünftige Nutzung liefen.

Für die investive Maßnahme sei im Haushaltsjahr 2026 ein entsprechender Betrag eingeplant worden, der nach Einschätzung der Bauabteilung ausreichend sei. Dabei seien sowohl die Umbaukosten als auch notwendige Ausstattungen, unter anderem eine neue Küche, berücksichtigt worden. Ziel sei es, die neue Einrichtung bis Ende Oktober 2026 zu beziehen, da der Mietvertrag der derzeitigen Immobilie in der Osnabrücker Straße zu diesem Zeitpunkt auslaufe.

Herr Rauschkolb weist darauf hin, dass die Verwaltung unter erheblichem Zeitdruck stehe, um den Umzug fristgerecht umzusetzen. Sollte es dennoch zu Verzögerungen

kommen, müsse eine Übergangslösung für das Familienservicebüro gefunden werden, um einen reibungslosen Wechsel sicherzustellen.

zu 4.3 Aktuelle Situation der Kindertagesbetreuung

Herr Brockmeier berichtet zur aktuellen Kitabedarfsplanung. Für das kommende Kindergartenjahr befinde man sich noch in der Erhebungsphase, da die Anmeldungen bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres liefen. Eine ausführlichere Stellungnahme sei für Februar vorgesehen; bereits jetzt werde jedoch von einer guten Auslastung der Einrichtungen ausgegangen.

Er informiert weiter über die Kindertagespflege. Derzeit würden 29 Kinder betreut, darunter 9 Kinder unter 3 Jahren sowie 2 Kinder über 3 Jahren in der Großtagespflege. Zehn Kinder befänden sich bei Tagesmüttern im Gemeindegebiet, acht weitere bei Tagespflegepersonen in Dissen und Bad Laer. Diese Verteilung sei unter anderem auf neue Standorte in Aschendorf zurückzuführen.

Weiter berichtet er, dass die baulichen Maßnahmen für die neue Krippengruppe in Aschendorf abgeschlossen seien und die Einrichtung seit Mitte Oktober in Betrieb sei. Kleinere Restarbeiten, wie die Abtrennung des Außenbereichs und die Lieferung von Außenspielgeräten, stünden noch aus. Die Anmeldesituation zeige bereits eine gute Auslastung. Für Februar sei ein Tag der offenen Tür vorgesehen.

Abschließend erläutert Herr Brockmeier, dass in einem Gespräch mit dem evangelischen Kirchenkreis Melle-Georgsmarienhütte signalisiert worden sei, dass die Planung zur Einrichtung einer zusätzlichen Integrationsgruppe mitgetragen wird. Die bestehende Ü3-Gruppe „Blaue Gruppe“ solle hierzu in eine Integrationsgruppe umgewandelt werden, wodurch die Platzzahl von 25 auf 18 sinke. Die weitere Beratung solle im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Regionales Konzept“ im Frühjahr 2026 erfolgen.

zu 5 Vergabe der Ferienbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 Vorlage: Y/2025/464

Der Tagesordnungspunkt zur Vergabe der Ferienbetreuung wurde im Verwaltungsbericht (TOP 4) mitbehandelt und entfällt als eigener Beratungspunkt. Die weitere Befassung erfolgt zunächst in der Ratssitzung und wird anschließend in den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss zurückverwiesen.

zu 6 Behandlung von Fragen und Anregungen

Frau Temme erkundigt sich nach dem Stand der Gebäudesuche von LillianCare.

Herr Rauschkolb berichtet, dass weiterhin nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht werde. Zu einem von Frau Schneider vorgeschlagenen Objekt habe er Recherchen vorgenommen und LillianCare informiert, äußere jedoch Zweifel an der räumlichen Eignung.

Frau Behmberg-Olbricht erläutert, dass es sich bei dem betreffenden Gebäude um die ehemalige Tierarztpraxis handelt und die Angehörigen der Eigentümerin, Frau Scherkamp, das Objekt verkaufen möchten.

Frau Dr. Panajotow-Pilz gibt an, dass das Gebäude veräußert werden soll und die Erbfolge bereits geklärt ist.

Frau Temme regt an, zu prüfen, ob die Gemeinde das Gebäude für kommunale Zwecke – insbesondere für eine ärztliche Nutzung – erwerben könne, da es bereits als Praxis genutzt wurde.

Frau Temme erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der räumlichen Situation des Turn- und Sportvereins. Sie verweist auf frühere Investitionen sowie den Freiplatz auf dem Sportgelände und fragt, ob weiterhin Klärungsbedarf bestehe.

Frau Hügelmeyer erläutert, dass freitags um 15:30 Uhr eine Seniorensportgruppe stattfindet, die im Winter den Spiegelraum im „Living“ nutze, da die Turnhalle zu dieser Zeit von den Minikickern belegt sei. Die Ausweidlösung werde gut angenommen. Zudem gebe es eine Eltern-Kind-Turngruppe, die sich montags in der Turnhalle der Grundschule treffe; hierzu lägen durchweg positive Rückmeldungen vor. Der Außenplatz sei im Sommer ebenfalls gut genutzt worden. (Anmerkung der Verwaltung nach der Sitzung: Die Eltern-Kind-Gruppe trifft sich im Heristo-Park.)

Abschließend wünscht die **Vorsitzende, Frau Hügelmeyer** allen Anwesenden eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr. Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und weist darauf hin, dass die im öffentlichen Teil erwähnte Verabschiedung bereits in der nichtöffentlichen Sitzung am 6. Oktober erfolgt ist.

Marlies Hügelmeyer
Vorsitzende

Klaus Rehkämper
Bürgermeister

Janosch Brockmeier
Protokollführer/in